

Nr. 25 (XXXIII) Allgemeines¹

Das Exekutiv-Komitee

- a) *betonte* nochmals die grundlegende Bedeutung des internationalen Rechtsschutzes als eine dem Hohen Kommissar unter dem Statut seines Amtes vorrangig anvertraute Aufgabe;
- b) *betonte* nochmals die Bedeutung der grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechtsschutzes und besonders des Grundsatzes des *non-refoulement*², der zunehmend den Charakter einer zwingenden Regel des Völkerrechts erhalte;
- c) *brachte* seine Sorge darüber *zum Ausdruck*, dass die Probleme, die auf dem Gebiet des internationalen Rechtsschutzes entstehen, seit der 32. Sitzung des Komitees schwieriger geworden sind und dass die Grundrechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden in verschiedenen Regionen der Welt verletzt worden sind, unter anderem durch militärische Angriffe auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen, Akte von Piraterie und erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen und Asylsuchenden in ihre Herkunftsländer;
- d) *nahm* die Besorgnis der Regierungen wegen der Massenfluchtbewegungen und der gegenwärtig rückläufigen konjunkturellen Entwicklung in verschiedenen Regionen der Welt *zur Kenntnis*; verlieh jedoch der Hoffnung Ausdruck, dass diese Entwicklungen weder zu einer restriktiven Praxis bei der Gewährung von Asyl oder Anwendung des Flüchtlingsbegriffs noch zu einer Aushöhlung der grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechtsschutzes führen werden;
- e) *nahm* mit Befriedigung die Bemühungen *zur Kenntnis*, die in anderen Gremien zur Untersuchung der Ursachen größerer Flüchtlingsbewegungen

¹ Dokument Nr. 12 A (A/37/12/Add.1)

² Siehe Seite 14

unternommen worden sind, und gab der Hoffnung Ausdruck, dass diese Bemühungen zu einer beträchtlichen Verringerung deren Ausmaßes führen werden; betonte jedoch, dass solche Bemühungen die fundamentalen Prinzipien des internationalen Rechtsschutzes in keiner Weise schwächen sollten;

f) *nahm* mit Befriedigung den anhaltenden Fortschritt *zur Kenntnis*, der seit der 32. Sitzung des Komitees hinsichtlich weiterer Beitritte zum Abkommen der Vereinten Nationen von 1951 und zum Protokoll von 1967 erzielt worden ist, und begrüßte den Beitritt Japans, Boliviens und der Volksrepublik China zu diesen bedeutenden internationalen Vertragswerken zum Schutz der Flüchtlinge;

g) *verlieh* der Hoffnung *Ausdruck*, dass weitere Staaten dem Abkommen, dem Protokoll sowie anderen internationalen Vertragswerken beitreten werden, welche die Grundrechte von Flüchtlingen auf regionaler und über-regionaler Ebene festlegen;

h) *nahm* mit Befriedigung die Maßnahmen *zur Kenntnis*, die von verschiedenen Staaten ergriffen worden sind oder gegenwärtig erwogen werden, um die wirksame Durchführung der ihnen aus dem Abkommen und dem Protokoll erwachsenden Verpflichtungen zu gewährleisten, vor allem hinsichtlich der Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft;

i) *begrüßte* die zunehmend weite Anerkennung der Grundsätze des internationalen Rechtsschutzes seitens der Regierungen und die Bemühungen, die vom Hohen Kommissar unternommen worden sind, um ein umfassenderes Verständnis des internationalen Flüchtlingsrechts zu fördern; drängte auf eine Weiterentwicklung und Ausarbeitung des Flüchtlingsrechts, in Anpassung an die neuen und wechselnden humanitären und anderen Probleme von Flüchtlingen und Asylsuchenden;

j) *begrüßte* die Initiative des Hohen Kommissars zur Einführung von Kursen über Flüchtlingsrecht in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Institut für humanitäres Recht in San Remo;

k) *würdigte* nochmals die Arbeit des Unterausschusses für internationalen Rechtsschutz, der die Bemühungen des Hohen Kommissars um die Gewäh-

rung internationalen Rechtsschutzes weiterhin unterstützt hat, insbesondere dadurch, dass er die grundlegenden Rechtsnormen zur Behandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden bekräftigt, klarer definiert und entwickelt hat;

1) *gab* der Hoffnung *Ausdruck*, dass ein informelles Treffen des Unterausschusses so früh wie möglich im Jahre 1983 stattfinden wird, um weiterhin über die Frage von militärischen Angriffen auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen, die in den Tätigkeitsbereich des Hohen Kommissars fallen, oder andere Fragen der physischen Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu beraten.